



**Manfred Krapf**

## **Auf verlorenem Posten?**

**Die bayerische Sozialdemokratie seit den 1990er Jahren**

Manfred Krapf

## **Auf verlorenem Posten?**



Manfred Krapf

# **Auf verlorenem Posten?**

**Die bayerische Sozialdemokratie seit den  
1990er Jahren**

Tectum Verlag

Manfred Krapf

Auf verlorenem Posten? Die bayerische Sozialdemokratie seit den 1990er Jahren

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

E-Book: 978-3-8288-7114-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4210-6 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildungen: © v. l. n. r.: shutterstock.com/360b,  
maget.de/Franz Maget, shutterstock.com/360b

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis -----	5
<b>I. Einleitung -----</b>	<b>7</b>
<b>II. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Bayern -----</b>	<b>11</b>
1. Zur Industrialisierung als Grundbedingung der Entstehung der bayerischen Sozialdemokratie -----	11
2. Von den Anfängen bis zum Ende des Ersten Weltkriegs -----	29
3. Von der Revolution 1918/19 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 -----	37
4. Von der Besatzungszeit bis zum Ende der Viererkoalition 1957 -----	48
5. Vom Beginn der Alleinherrschaft der CSU bis in die 1990er Jahre -----	56
<b>III. Die SPD in den Landtagswahlen in Bayern (seit 1946) -----</b>	<b>61</b>
1. Zum bayerischen Landtagswahlrecht -----	61
2. Die Landtagswahlen von 1946 bis 1994 -----	63
3. Die Landtagswahlen von 1998 bis 2013 -----	79
3.1 Die Wahlergebnisse -----	84
3.2 Die Wahlbeteiligung -----	95
3.3 Zur regionalen Verteilung der Wahlergebnisse -----	101
3.4 Zum Einfluss von Berufsgruppen und Konfession auf die Wahlentscheidung: Stammwählerschaften -----	118
3.4.1 Berufsgruppen -----	119
3.4.2 Konfession -----	124
3.5 Weitere Indikatoren zum Wahlverhalten: Geschlecht, Alter und Bildung -----	130
3.6 Zur Rolle der Spitzenkandidaten bei den Landtagswahlen -----	134
3.7 Parteien und Lösungskompetenzen -----	140
3.8 Exkurs: Zum Vergleich der Landtags- und Bundestagswahlen in Bayern -----	146
3.9 Bestimmungsfaktoren der Wahlergebnisse der bayerischen Sozialdemokratie seit den 1990er Jahren -----	152
<b>IV. Fazit: Erklärungsansätze zum Verständnis der Schwäche der bayeri- schen Sozialdemokratie -----</b>	<b>171</b>
<b>V. Conclusio: Folgerungen für sozialdemokratische Politik in Bayern -----</b>	<b>221</b>
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis -----	226
Quellen- und Literaturverzeichnis -----	227
Namensregister -----	240



# I. Einleitung

Die deutsche Sozialdemokratie befindet sich nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl 2017 in einer Phase, die ein gründliches Nachdenken über ihre zukünftige Ausrichtung unverzichtbar erscheinen lässt. Will man als Volkspartei eine Machtoption in den Zeiten des simplifizierenden (Rechts)Populismus glaubwürdig aufrechterhalten, so bedarf es eingehender Überlegungen. Dieser kritische Befund<sup>1</sup> trifft mehr oder weniger die Parteien links von der Mitte in nahezu ganz Europa. In Anbetracht dieser auch für das Funktionieren parlamentarisch-demokratischer Systeme wenig erfreulichen Konstellation erschien es reizvoll, gerade ein markantes, jahrzehntelanges Beispiel sozialdemokratischer Schwäche, nämlich die SPD in Bayern in den Blick zu nehmen.

Seit der Jahrhundertwende 2000 ist die bayerische Sozialdemokratie in einem außerordentlichen Maße noch weiter in der Wählergunst abgesunken, so dass sie Gefahr läuft, zu einer politischen Kleinpartei degradiert zu werden. Dem Autor ist bewusst, dass die historische, politische und ökonomische Situation des Landes Bayern als Untersuchungsgegenstand für eine Analyse der deutschen oder gar der europäischen Sozialdemokratie nicht verallgemeinerbar ist. Dennoch bündeln sich in diesem zugegeben spezifischen „Fallbeispiel“ Problemstränge, die nutzbringende Erkenntnisse zu Tage fördern können. Dabei geht es um die bei allen Reformversuchen immer wieder entscheidende Frage, „wie viel und welchen Teil der vorgefundenen gesellschaftlichen Realität die Partei akzeptieren muss, um die verbliebenen Teile entlang ihrer Grundwerte verändern zu können“<sup>2</sup>. Die Zulässigkeit einer regionalen Perspektive im

---

<sup>1</sup>) Vgl. mit durchaus kritischem Unterton an einer nur noch vom Niedergang bestimmten Publizistik über die Sozialdemokratie Grunden/Janetzki/Salandi, SPD, S. 13f. Angesichts des vorherrschenden Krisendiskurses stelle sich die Frage, wie es die SPD auf über 150 Jahre ihrer Existenz gebracht habe. Dieser offensichtlichen Beharrungsfähigkeit nachzugehen, lohne sich „für das Verständnis der SPD, ihrer Schwächen, Stärken und Chancen, weit mehr als sich ein weiteres Mal über augenfällige Krisenphänomene zu beugen (ebenda, S. 14). Der Autor der vorliegenden Studie über ein besonders schwieriges Terrain der deutschen Sozialdemokratie hofft, dass er nicht durchgehend der „Krisenhaftigkeit“ seines Gegenstandes erlegen ist. Dies erscheint beim Blick auf die verhältnismäßig positive Entwicklung der bayerischen Sozialdemokratie zumindest vor 1914 und punktuell in den 1960er Jahren auch nicht angebracht.

<sup>2</sup>) Grunden,/Janetzki/Salandi, SPD, S. 21. Dazu unten im abschließenden Kapitel V mehr. Anzumerken bleibt kritisch die Fragwürdigkeit der vielstimmig geäußerten Behauptung, eine Reform der Partei sei nur im Zustand der Opposition möglich. So gesehen hat die bayerische Sozialdemokratie eine mehr als ein halbes Jahrhundert andauernde „Reformzeit“ vorzuweisen. Das Ergebnis steht für sich!



Prozess der Modernisierung der Sozialdemokratie nach 1945 generell betont Helga Grebing unter Verweis auf lebendige „regionale parteipolitische Traditionen über alle Diskontinuitäten hinweg“<sup>3</sup>.

Seit annähernd sechzig Jahren gibt es eine Konstante in der Wahlentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, genauer im Bundesland Bayern, nämlich eine nahezu unangefochtene Dominanz einer Partei, der CSU. Damit verbunden ist die Chancenlosigkeit der SPD als der größten oppositionellen Partei<sup>4</sup>. Diese Vorherrschaft einer politischen Partei übertrifft im Übrigen die angeblich unumstößliche Dominanz der Sozialdemokratie in ihrem „Herzland“ Nordrhein-Westfalen, die aber auf weitaus brüchigerem Fundament ruht und historisch erst in den 1960er Jahren Gestalt annahm. Die deprimierende Feststellung zur Situation in Bayern behält auch nach der Bundestagswahl 2017 ihre Gültigkeit, denn die bayerische Sozialdemokratie konnte einmal mehr keinen politischen Profit aus dem massiven Stimmenrückgang der „Staatspartei“ ziehen und verzeichnete ebenfalls erhebliche Einbrüche.

Das Thema der vorliegenden Studie, die vorrangig einem historischen Ansatz<sup>5</sup> verpflichtet ist, lässt sich wie folgt auf den Punkt bringen: Warum ist die bayerische Sozialdemokratie seit langem schwach bzw. seit der Jahrhundertwende sogar noch weiter abgesunken? Welche Gründe oder Faktoren können identifiziert werden, dass gerade in der Phase einer sich intensivierenden Urbanisierung, Industrialisierung und eines sich beschleunigenden sozialen Wandels nach 1945 die bayerische Sozialdemokratie an Boden verlor? Warum und seit wann konnte sich die CSU zur mehrheitlichen „Partei der kleinen Leute“ aufschwingen? Wann und warum verlor die bayerische Sozialdemokratie ihre Vorzugsstellung bei ihrer bis in unsere unmittelbare Gegenwart als Stammwählerschaft geltenden Arbeiterschaft?

Damit korrespondiert die Frage, weshalb genau in dieser Zeitspanne der endgültige Aufstieg der CSU zur unangefochtenen bayerischen Staatspartei gelang? Den Ausgangspunkt zur Untersuchung der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung bildet letztendlich die Charakteristik der

---

3) Grebing, „Traditionskompanie“, S. 205.

4) Nach Karin Steinack, *Posten*, S. 327, hält die bayerische SPD „einen europaweit gültigen Rekord parlamentarischer Niederlagen“. Der vollständige Titel des Aufsatzes von Karin Steinack lautet: „Katrin Steinack, Auf verlorenem Posten? Eine Untersuchung zu Einflussmöglichkeiten der Opposition im Bayerischen Landtag, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) S. 327-348.

5) Vgl. *Grunden/Janetzki/Salandi, SPD*, S. 14: „Die Gegenwart und die Zukunftspotentiale der deutschen Sozialdemokratie lassen sich nur über ihre Geschichtlichkeit greifen, die noch immer in ihrer Programmatik und Organisation wirksam ist.“

bayerischen Industrialisierung, denn die Industrialisierung stellt die entscheidende Bedingung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung überhaupt dar.

Diesen Fragen kann man sich aus verschiedenen Blickwinkeln nähern. Die vorliegende Arbeit sucht Antworten zum einen in einer Analyse der bayerischen Industrialisierung als den grundlegenden Rahmen für die Entfaltung der Sozialdemokratie und zum anderen in dem Abschneiden der Partei bei den bayerischen Landtagswahlen nach 1945 mit dem Schwerpunkt vom Ende der 1990er Jahre bis in unsere unmittelbare Gegenwart. Die Wahlen von der Jahrhundertwende bis 2013 sind insofern von besonderer Relevanz, da nach 2000 ein weiterer sozialdemokratischer Abstieg mit Ergebnissen unterhalb der 20 %-Marke eintrat. Diese Vorgänge zu verstehen und mögliche Erklärungsansätze zu formulieren, ist das Anliegen der Untersuchung.

Die Ebene der bayerischen Landtagswahlen wurde in den Vordergrund gerückt, da bei diesen Wahlen spezifisch bayerische Belange eher zur Geltung kommen als bei den Bundestagswahlen. Letztere werden als Vergleich in einem knappen Exkurs zusätzlich herangezogen. Nicht berücksichtigt werden können jedoch die Ergebnisse der Kommunalwahlen, die zumindest in den größeren Städte in Bayern für die Sozialdemokratie wesentlich erfolgreicher verliefen.

Die vorliegende Arbeit basiert auf einem historischen, also zeitgeschichtlichen Ansatz und den Ergebnissen sozial- und politikwissenschaftlicher Wahlforschung. In Anlehnung an das große Projekt „Bayern im Bund“ des Instituts für Zeitgeschichte bleibt die „Methode der politischen Sozialgeschichte“ aktuell und unverzichtbar, „um die Geschichte von sozialen Gruppen, Prozessen und Bewegungen zu schreiben“.<sup>6</sup> Eine gegenwartsnahe Zeitgeschichte wird als Vorgeschichte der unmittelbaren Gegenwart gesehen. Als „Problemgeschichte der Gegenwart“<sup>7</sup> betreibt sie „eine Öffnung zu den Problemlagen unserer Gegenwart“. Diese Öffnung der Zeitgeschichte hat zu einer Nähe zu den Sozialwissenschaften geführt. In unserem thematischen Zusammenhang ist dabei an die Politikwissenschaft zu denken. Schließlich wird eingeräumt, dass die vorliegende Arbeit auch aus einem aktuellen Bedürfnis zum Verständnis unserer unmittelbaren Gegenwart resultiert.

Der Historiker der Zeitgeschichte muss in Bezug auf seinen Gegenstand beachten, wie Karl-Ulrich Gelberg<sup>8</sup> im Handbuch der bayerischen Geschichte formuliert, dass die jüngste Zeitgeschichte „sich im Charakter

---

6) Schlemmer/Süß, Wiege, S. 446.

7) Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Boom, S. 9; ebenda, S. 12 (das folgende Zitat).

8) Gelberg, Kriegsende, S. 956.

von der vorherigen Darstellung [unterscheidet]. Hier dominieren der Bericht der Ereignisse und Hinweise auf die Quellen. Ergebnisse wissenschaftlicher Diskussion können darin hingegen noch nicht in gleicher Weise präsentiert werden“. Diese Feststellung gilt auch für die vorliegende Arbeit.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Ein einleitender historischer Abriss beschäftigt sich zunächst mit der bayerischen Industrialisierung und deren Implikationen bzw. Folgewirkungen. Anschließend wird in einem knappen Überblick die Entwicklung der Sozialdemokratie in Bayern von ihren Anfängen bis in die unmittelbare Gegenwart skizziert. Den Hauptteil bildet die Untersuchung der SPD-Ergebnisse bei den Landtagswahlen von 1998 bis 2013 anhand der Ergebnisse der Wahlforschung, wobei die Phase von der ersten Landtagswahl 1946 bis 1994 cursorisch abgehandelt wird. Nach einem zusammenfassenden Fazit unter Einbeziehung der neueren Fachliteratur zur bayerischen Sozialdemokratie wagt der Autor auf der Basis der Befunde der vorliegenden Arbeit mögliche, subjektive Schlussfolgerungen für eine zukünftige sozialdemokratische Politik in Bayern.

Die Materialbasis bilden die Ergebnisse der empirischen Wahlforschung, hier vor allem der Forschungsgruppe Wahlen, und Daten zu den Landtags- und Bundestagswahlen in Bayern des Statistischen Landesamtes Bayern.

Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit nicht um eine Gesamtdarstellung der Sozialdemokratie in Bayern, was den Rahmen der Studie erheblich sprengen würde, sondern um einen Beitrag zur Geschichte der SPD in Bayern. Adressaten des Buches sind an Zeitgeschichte und am politischen Geschehen interessierte Bürger sowie Studierende der Geschichte und Politikwissenschaft.

*Hinweis:* Um eine bessere Lesbarkeit zu erreichen, wird im Folgenden sprachlich nicht zwischen männlicher und weiblicher Form unterschieden.

## II. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Bayern

Das einleitende historische Kapitel setzt sich aus zwei Abschnitten zusammen: Zunächst beschäftigen wir uns mit der Industrialisierung Bayerns, um den grundsätzlichen Rahmen der Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu fixieren. Der folgende historische Abriss zur Geschichte der bayerischen Sozialdemokratie bietet keine Organisationsgeschichte, sondern rückt die politische Entwicklung der Partei in den Fokus.

### 1. Zur Industrialisierung als Grundbedingung der Entstehung der bayerischen Sozialdemokratie

Als Grundbedingung für die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung muss auch in Bayern die Industrialisierung vorangestellt werden, denn die „Gewerbe- und Industrielandschaft, [ist] ein Aspekt, der für eine Geschichte der Arbeiterbewegung von außerordentlicher Bedeutung“<sup>9</sup> ist. Um die bis in unsere Gegenwart schwierige Lage der Sozialdemokratie in Bayern angemessen zu verstehen, sollen die Entstehungsbedingungen dieser politischen Bewegung vor dem Hintergrund der spezifischen Art der Industrialisierung in Bayern, soweit es diese Besonderheit überhaupt gab, thematisiert werden. Die vorliegende Untersuchung geht in Anlehnung an Karl Heinrich Pohl davon aus, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung nur unter Einbeziehung der „Bedingungen im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels und der allmählichen Industrialisierung angemessen erarbeitet werden kann“. Insofern gilt als Ausgangshypothese die Feststellung von Klaus Tenfelde, „wer über bayerische Arbeiter und Arbeiterbewegung im Industrialisierungsjahrhundert redet, muß zunächst wissen, was das Besondere an dieser Industrialisierung war“<sup>10</sup>. Damit sind die umstrittenen Thesen einer „verspäteten“, „importierten“ (Schreyer), „geminderten“ (Bosl) oder „punktuellen Industrialisierung“ (Tenfelde) in Bayern angesprochen.

Die These der „importierten Industrialisierung“ nimmt ihren Ausgangspunkt von der Aufnahme von zwei Millionen Flüchtlingen in Bayern bis 1947, die eine „forcierte Nutzung der industriellen Brache zwangsläufig“

---

<sup>9</sup>) Pohl, Arbeiterbewegung, S. 20; ebenda, S. 22 (das folgende Zitat).

<sup>10</sup>) Tenfelde, Arbeiter, S. 15; zum Folgenden ebenda, S. 15ff.; Tenfelde, Wirtschaft, S. 9ff.; Erker, Sehnsucht, S. 482ff.; Treml, Königreich, S. 87f.

gemacht habe.<sup>11</sup> Weil der Anstoß zur Industrialisierung von außen gekommen sei, könne man von einem „exogene[n] Charakter der Industrialisierungswelle nach dem Kriege“ sprechen. Zwar sei die „Geburtsstunde der Industrialisierung in Bayern“ nicht ausschließlich 1945 zu verankern, man könne aber dieses Jahr „als *die* Schwelle ansehen, wo Quantität zur Qualität wurde, gerade weil sich das flache Land gewerblich zu formieren begann“. Von 1946 bis 1961 „schichtete sich die bayerische Erwerbsgesellschaft zur Industriegesellschaft um“, d.h. „industriegeschichtlich typisch“ erfolgten eine Abnahme der selbstständigen Erwerbspersonen und eine Zunahme der abhängigen Berufe. Insgesamt sei die bayerische Erwerbsgesellschaft im Unterschied zu anderen Bundesländern mittelständischer und damit harmonischer geblieben und könne „als ein Bereich sozialer Spannungsarmut bezeichnet werden“. Nach Schreyer hat nur der gewerbliche Ausbau die Integration der gut qualifizierten Flüchtlinge in Bayern ermöglicht, die auch die kriegsbedingten Verluste in der Industriearbeiterschaft ausglich.

Die Kritik relativiert diese Theorie der „importierten Industrialisierung“ dahingehend, dass der Bevölkerungsdruck durch den Flüchtlingszustrom in Bayern „allenfalls ein zusätzlicher Impuls für die Industrialisierung“<sup>12</sup> war. Der Zustrom sei zu kurz gewesen und Bayern wurde in den 1950er Jahren sogar zum Abwanderungsland. Vielfach seien durch die intensivere Verlagerung von Industriebetrieben nach Süddeutschland „die Weichen auf dem Weg vom Agrar- zum Industriestaat schon in der Zwischenkriegs- und Kriegszeit gestellt worden“. Die Flüchtlinge waren zunächst in der Landwirtschaft und in „alten“, arbeitsintensiven Konsumgüterindustrien tätig, was den Trend zum Ausbau der Investitionsgüterindustrie noch verzögerte. Jedoch habe der Flüchtlingszustrom „wohl geholfen, den Industrialisierungsprozess in Bayern abzustützen“.

Die „geminderte Industrialisierung“<sup>13</sup> geht auf Karl Bosl zurück, der den gängigen Begriff „Industrielle Revolution“ für Bayern als nicht passend bewertet und zwischen einer Vollform, Halbform und Kümmerform der Industrialisierung unterscheidet. Die „geminderte Industrialisierung“ subsumiert er unter der Halbform. Die Kennzeichen von Industrialisierung (Borchardt) wie die Nutzung technischer Neuheiten, der massenhafte Einsatz von Rohstoffen, der Aufbau des Fabriksystems und die neue freie Lohnarbeit trafen ebenso auf Bayern zu, allerdings in „geminderter“ Dynamik. Die Industrialisierung Bayerns sei bezogen auf die Quantität, nicht die Qualität, insgesamt ein „geminderter“ Prozess gewesen.

---

<sup>11</sup>) Vgl. Schreyer, Industriestaat, S. 22; ebenda, S. 28, S. 284 und S. 296f. (die folgenden Zitate).

<sup>12</sup>) Vgl. Erker, Sehnsucht, S. 490; ebenda (die folgenden Zitate).

<sup>13</sup>) Vgl. Bosl, Industrialisierung, S. 22f.

Die Industrialisierung in Bayern wird treffend als eine „punktueller Industrialisierung“<sup>14</sup> bzw. als eine „im 19. Jahrhundert zunächst weitgehend punktueller, großstädtischer Industrialisierung mit vereinzelt hochgradig monoindustriellen, kleinstädtischen Gewerbeinseln“ charakterisiert. Diese „punktueller Industrialisierung“ hatte ihre Schwerpunkte zum einen in den Großstädten Nürnberg, Augsburg und Ludwigshafen und zum anderen „insular punktuell“<sup>15</sup> in Orten in ländlicher Umgebung wie etwa Kolbermoor, Selb, Zwiesel sowie in der Oberpfalz in Amberg, Sulzbach-Rosenberg oder Burglengenfeld mit monoindustriellem Charakter. München sei ein Sonderfall geblieben und erlebte erst später eine beschleunigte gewerbliche Entwicklung.

Die „Punktualität der gewerblichen Entwicklung im Flächenstaat Bayern [war] das entscheidende Merkmal der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts“<sup>16</sup> und wies mehrere Besonderheiten auf: Bayern als Flächenstaat musste infrastrukturelle Probleme wie die Verkehrserschließung bewältigen, Bayern als Binnenstaat war ein ressourcenarmes Land – was nach 1945 angesichts der Strukturprobleme etwa im Ruhrgebiet eher von Vorteil war –, in Bayern bestand eine auch nach der Bauernbefreiung vorherrschende mittelbäuerliche (Land)Wirtschaft und ein eher gebremstes Bevölkerungswachstum bei einer relativ geringen Urbanität abgesehen von den Regionen München, Nürnberg und Augsburg. Darüber hinaus existierten wenige protoindustrielle Erwerbsgebiete (ländliche Textilindustrie). Relevant erscheint der Faktor der Konfession, d.h. der Katholizismus als Industrialisierungsgegner. Unter den insbesondere in Franken und Schwaben auftretenden Unternehmern überwogen in der frühen Phase der Industrialisierung die Protestanten. Manfred Tremml hebt die Unternehmerpersönlichkeiten als ausschlaggebend für Bayern überhaupt hervor: „Entscheidender Faktor des Industrialisierungsprozesses war das frühe Unternehmertum, das in Bayern in erstaunlich großer Zahl und mit bemerkenswert innovatorischer Kraft auftrat.“<sup>17</sup> Schließlich ist als wichtigster Indikator die Rolle des Staates hervorzuheben, der eine zunächst zögerliche Reformpolitik in Richtung Industrialisierung betrieben hatte.

Zwar hatte der Industrialisierungsprozess bereits um 1850 eingesetzt, wenngleich in Bayern der Grad der industriellen Durchdringung wie in Sachsen nicht erreicht werden konnte. Der Staat nahm eine „wichtige

---

<sup>14</sup>) Tenfelde, Arbeiter, S. 16; Erker, Sehnsucht, S. 496 (das folgende Zitat).

<sup>15</sup>) Tenfelde, Arbeiter, S. 16.

<sup>16</sup>) Tenfelde, Wirtschaft, S. 9; vgl. auch ders., Industrialisierung, S. 135ff.; ebenfalls als „punktueller“ erscheint die Industrialisierung Bayerns bei Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 13, der auf die „höchst differenzierte Entwicklung“ innerhalb Bayerns verweist.

<sup>17</sup>) Vgl. Tremml, Königreich, S. 90; ebenda, S. 88 (das folgende Zitat).

Funktion bei der Industrieförderung“ ein. Die Gewerbefreiheit und ein liberales Heimat-, Niederlassungs- und Heiratsrecht wurden aber erst unter Ludwig II. offiziell eingeführt. Jedenfalls kann man für die Ära König Ludwigs II. für Bayern einen „Aufschwung der Industrie“<sup>18</sup> konstatieren. Die Jahrzehnte Ludwigs II. waren in Bayern „industriewirtschaftliche `Gründerzeiten`“. So wird für das Jahr 1875 festgehalten, dass Bayern bei wichtigen Indikatoren der Industrialisierung wie dem Bergbau und dem Maschinenbau zwar den Entwicklungsstand anderer deutscher Staaten nicht erreichte, hingegen habe es in der aufkommenden chemischen Industrie eine führende Position eingenommen.

Gegen pauschale Thesen vom industriewirtschaftlichen Rückstand Bayerns betont Kramer, dass der „Industrialisierungsprozess seit den 1850er Jahren auch in Bayern sektoral beachtenswerte Impulse entwickelt hat“ und nennt die Textilindustrie oder den Lokomotivenbau. In den 1880er Jahren habe Bayern wieder an Boden verloren, wofür u.a. seine periphere Lage im neuen Deutschen Reich und der Mangel an Rohstoffen eine Rolle gespielt haben. Jedoch verzeichneten zumindest fränkische und pfälzische Landesteile sowie München und Augsburg, Teile der Oberpfalz<sup>19</sup> und Oberfrankens eine eindeutig stärkere Entwicklung. Hingegen nahm Südbayern an dieser wirtschaftlichen Dynamik kaum teil.

In seinen entwickelten Regionen bestanden auch in Bayern Großunternehmen wie im übrigen Deutschland, so die SWA (Spinnerei und Weberei) in Augsburg, die MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg), die BASF (Badische Anilin- und Soda-Fabrik) in Ludwigshafen oder die Schuckert-Werke in Nürnberg. Unterschiede herrschten bei den drei Großstädten, denn Nürnberg war frühzeitig von einer vielfältigen, insbesondere verarbeitenden Industrie im Metallbereich gekennzeichnet, während Augsburg bis zur Jahrhundertwende eine Textilindustriestadt blieb und danach ebenfalls im Metallsektor stark wurde. München zeigte hauptstädtische Strukturen, aber es entstanden zunehmend größere Gewerbe in der Industrie. Die zögerliche Umwandlung Bayerns vom Agrar- zum Industrie- bzw. Dienstleistungsstaat hatte vor 1914 in der sog. Prinzregentenzeit zwar ihren ersten Höhepunkt erreicht, aber insgesamt verlief der ganze Vorgang gemäßigt und hat nicht zu „extremen sozialen Spannungen geführt“<sup>20</sup>.

Wesentliche Gründe für die „punktuelle“ oder „geminderte“ Industrialisierung waren nach Tenfelde eine „anti-urbane und anti-industrielle

---

<sup>18</sup>) Krauss, Modernisierungsprozesse, S. 100; zum Folgenden Kramer, „Gründerzeiten“, S. 93; ebenda, S. 95 und S. 94 (die folgenden Zitate).

<sup>19</sup>) Vgl. zur in der Oberpfalz zögernd einsetzenden Industrialisierung, die erst von 1890 bis 1914 richtig in Gang gekommen sei, Müller, Oberpfalz, S. 94ff.

<sup>20</sup>) Tremel, Königreich, S. 119.



Mentalität, die durch ländliche Beharrungskraft, Katholizität und bayerische Territorialität“<sup>21</sup> bis ins 20. Jahrhundert bestimmt wurde. Zumindest bis zum Ersten Weltkrieg galt, die „erste Phase der Industrialisierung ging an Bayern vorbei, das Land blieb eine Agrarregion mit Gewerbeinseln“<sup>22</sup>. Die Mehrheit aller Erwerbstätigen war 1907 noch in der Landwirtschaft tätig.

Man unterscheidet gemeinhin drei Verlaufsformen der deutschen Industrialisierung: *Erstens* das Ruhrgebiet und Sachsen mit den Leitsektoren der Schwerindustrie, des Maschinenbaus und der Textilindustrie. *Zweitens* das gemischtwirtschaftliche Modell mit dem Beispiel Württemberg und dessen Durchbruch zum Industrieland durch die Textilindustrie und die eisenverarbeitende Industrie. *Drittens* Bayern mit der Dominanz der Landwirtschaft bis weit in das 20. Jahrhundert und dem Umschwung durch die Textil-, und Genussmittelindustrie sowie die Elektro- und chemische Industrie.<sup>23</sup>

Paul Erker bezeichnet es als ein „Kennzeichen der Industrialisierungsgeschichte Bayerns, daß es sein Selbstverständnis vor allem vom Vergleich mit den beiden Modellen Württemberg und Sachsen bzw. Ruhrgebiet her definierte: das eine als Vorbild, das andere als zu vermeidendes Beispiel“<sup>24</sup>. Demzufolge verortet er Bayern als „jenen dritten Typ regionaler Industrialisierung“, der sich in zeitlichem Abstand zum schwerindustriellen Rheinland bzw. zum textilindustriellen Sachsen und dem gemischtwirtschaftlichen Modell Württembergs mit einer lange andauernden Bedeutung der Landwirtschaft erst in der Zwischenkriegszeit gewerblich entfaltete. In der Zwischenkriegszeit blieb Bayern ein Agrarstaat, allerdings mit nachhaltigem Dienstleistungssektor.

Dennoch war der „Aufholprozeß Bayerns in der Zwischenkriegszeit beachtlich“, wenngleich er nicht das Niveau Württembergs erreichte. Somit gilt es für Bayern festzuhalten, dass „bis weit ins 20. Jahrhundert hinein der agrarische Sektor dominierend“<sup>25</sup> blieb. Die 1930er Jahre brachten Bayern einen zweiten Industrialisierungsschub, der sich aber noch auf die großen und größeren Städte begrenzte. Bayern erlebte somit einen „Prozess nachholender industrieller Durchdringung, der im Wesentlichen erst im 20. Jahrhundert einsetzte, in Konkurrenz und im Aus-

---

21) Tenfelde, Arbeiter, S. 16; ähnlich auch ders., Wirtschaft, S. 12: Eine „Anti-Mentalität“ mit starken industrialisierungsfeindlichen Kräften wie ein „bäuerlich-ländliches Sonderbewußtsein, kleinstädtische Kleinbürgerlichkeit, Kirchlichkeit, verengter Bildungshorizont und Beamtenmentalität vermengten sich immer wieder zur verdeckten und offenen Fortschrittsfeindschaft“.

22) Erker, Sehnsucht, S. 483.

23) Vgl. Lanzinner, Sternenbanner, S. 165ff.

24) Erker, Sehnsucht, S. 481; ebenda und ebenda, S. 485 (die folgenden Zitate).

25) Tremel, Königreich, S. 88.



tausch mit einer lange stark entwickelten Landwirtschaft vonstatten ging und seine Leitsektoren in der Elektro- und Chemieindustrie fand“<sup>26</sup>. Ähnlich argumentiert Maximilian Lanzinner in seiner Gesamtdarstellung über Bayern in der Phase des Wiederaufbaus, denn den „kräftigsten Wachstums- und Industrialisierungsschub erlebte Bayern zwischen 1913 und 1928“<sup>27</sup>, als die Wirtschaftskraft jeweils rund zehn Prozent über dem Reichsdurchschnitt lag. 1926 hatte Bayern 88 % des Pro-Kopf-Volkseinkommens des Reiches erreicht. Anhand der Beschäftigtenzahlen in der Land- und Forstwirtschaft, in der Produktion und im Dienstleistungssektor könne man Bayern „jedenfalls seit den 1920er Jahren als einen „Agrar-Industriestaat“ bezeichnen. Entsprechend den Beschäftigtenzahlen (nicht der Wertschöpfung) aber überflügelte das produzierende Gewerbe erst 1950 die Landwirtschaft. Auf relativ hohem Niveau über dem Reichsdurchschnitt bewegten sich die Anteile im Dienstleistungsbereich zwischen 1925 und 1939, weshalb manche Historiker die These vertreten, „Bayern habe sich vom Agrarland in einem Zug zum Industrie- und Dienstleistungsland zugleich entwickelt“. Die gestiegenen Dienstleistungsanteile werden vorrangig auf den Fremdenverkehr zurückgeführt. Ungeachtet dieses Aufholprozesses erlebte Bayern im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern eine „industrielle Verspätung“. So behielt in Bayern einerseits eine Konsumgüterindustrie ihre anhaltende Bedeutung, was das Land nicht so extrem krisenanfällig gemacht habe. Aber andererseits spielte für den gesamten Wirtschaftsaufschwung die Investitionsgüterindustrie die wichtigere Rolle. Eine wesentliche Voraussetzung für den industriellen Aufschwung bildete die Energiepolitik der 1920er Jahre, um Bayern unabhängiger von Importen zu machen. In diesem Zusammenhang wurde etwa die Wasserkraft massiv ausgebaut (Walchenseekraftwerk 1925).

Insgesamt vertritt aber die einschlägige Forschung zur bayerischen Industrialisierung weit überwiegend die These, dass Bayern bis unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg ein Agrarstaat blieb und eine „eigentliche, kontrollierte Modernisierung“ erst in den 1950er und 1960er Jahren stattfand. Somit war Bayern als Ganzes von der Industrialisierung „bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wenig berührt“<sup>28</sup>. Auf dem Land herrschte weiterhin ein „antiindustrielles und antiurbanes Ressentiment“ vor. Zwar wanderte die ländliche Überschussbevölkerung nach 1945 in die Städte, aber sie wurde nicht – wie im Ruhrgebiet – von einer schwerindustriell geprägten Erwerbsklasse aufgesogen. Somit kam es in Bayern

---

<sup>26</sup>) Grüner, „Wirtschaftswunder“, S. 22.

<sup>27</sup>) Lanzinner, Sternbanner, S. 165; ebenda, S. 166 (die folgenden Zitate).

<sup>28</sup>) Tenfelde, Industrialisierung, S. 135; ebenda, S. 136 (das folgende Zitat).

weitgehend nicht zu den problematischen Einflüssen der rigiden, klas- senbildenden Schwerindustrie.

Nach 1945 überwogen aber die günstigen wirtschaftlichen Ausgangsbe- dingungen Bayerns die eher wachstumshemmenden.<sup>29</sup> Belastend wirk- ten zwar der Wegfall der Märkte in Ostdeutschland, eine ungenügende Verkehrsinfrastruktur sowie eine nicht ausreichende Energiebasis und fehlende Rohstoffvorkommen. Infolge der langen Dominanz des Agrar- bereichs hatte die Industrialisierung in Bayern zwar spät eingesetzt, sich dann aber, da es kaum Schwerindustrie gab, auf neue Branchen wie die Elektro-, Chemie- und Automobil- und Flugzeugindustrie gestützt. Der industriewirtschaftliche „Aufholprozess“ Bayerns begann aber wie er- wähnt bereits in den 1920er Jahren und verstärkte sich in der NS-Zeit u.a. durch die Rüstungswirtschaft.

Neuere Untersuchungen verorten den ökonomischen Aufstieg Bayerns in einen größeren zeitlichen Rahmen und beschränken sich keineswegs auf die Jahrzehnte nach 1945. So betont Götschmann, dass „die Entwick- lung Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat aber in einem langen und sehr komplexen Prozess“<sup>30</sup> verlaufen sei. Vergleicht man mit Grüner die Wirtschaftskraft deutscher Regionen, so begann bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein erheblicher Wachstumsprozess im Süden Deutschlands einschließlich Bayerns. Dem Pro-Kopfvolkseinkommen zufolge zog Bayern bis Mitte der 1930er Jahre zusammen mit Baden und Württem- berg mit dem stark industrialisierten Westen (Westfalen, Rheinprovinz, Hessen) gleich. Württemberg konnte man noch nicht erreichen. Zusammenfassend könne nicht mehr von einer „Sondergeschichte der Bayeri- schen Industrialisierung“ gesprochen werden, denn Bayern ordnet sich aus einer raumwirtschaftlichen Perspektive betrachtet „eindeutig in übergeordnete Prozesse ein, welche die Gesamtheit der deutschen Regi- on berührten“<sup>31</sup>.

Nach 1945 waren in Bayern wie erwähnt viele qualifizierte Arbeitskräfte infolge des Flüchtlingszustroms vorhanden, aber für die weitere Indust- rialisierung sei dieser Faktor nicht über zu bewerten, denn „die von der Beschäftigung der Flüchtlinge in Industrie, Handwerk und Handel aus- gehenden Einflüsse haben die Struktur der bayerischen Gewerbes nur wenig verändert“<sup>32</sup>. Bereits vor diesem Zustrom waren infolge der intensi- vierten Verlagerung von Industriebetrieben nach Süddeutschland qualifizierte Erwerbstätige hierher gelangt. Auch die Bedeutung der nach 1945 aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. der nachmaligen

---

<sup>29</sup>) Vgl. Erker, Wirtschaftsgeschichte, S. 42; Lanzinner, Sternenbanner, S. 173f.

<sup>30</sup>) Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 13.

<sup>31</sup>) Grüner, „Wirtschaftswunder“, S. 22.

<sup>32</sup>) Vgl. Erker, Sehnsucht, S. 506.

DDR nach Bayern verlagerten Unternehmen ist zu relativieren, denn davon profitierten ebenso Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Wichtiger als diese Indikatoren, die unter dem Schlagwort der „importierten Industrialisierung Bayern“ zusammengefasst werden, waren aber nach Paul Erker die Standortfaktoren „wie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, die Möglichkeiten der räumlichen Ausdehnung und die Absatzorientierung, bei der Bayern in den süd- und osteuropäischen Raum hinein eine strategische Position innehatte“<sup>33</sup>. Abweichend zu Erkers Ausführungen betont Lanzinner<sup>34</sup>, dass gemessen an der Zahl der von Vertriebenen gegründeten Betriebe, die These der „importierten Industrialisierung“ Bayerns sehr wohl ihre Berechtigung habe. Diese Betriebe haben die Konjunktur nachhaltig beschleunigt und ungeachtet der Tatsache, dass sie nach 1960 den Aufschwung nicht mehr entscheidend vorangebracht haben, blieben sie „langfristig eine tragende Säule des produzierenden Gewerbes“. Auch Friedrich Prinz<sup>35</sup> spricht in seiner Gesamtdarstellung zur Geschichte Bayerns von einem „Industrialisierungsschub“ durch die Flüchtlinge.

Staatlicherseits wurde versucht, die beeinträchtigenden Faktoren wie die Rohstoffarmut und die Randlage Bayerns zu vermindern. Durch die Gründung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) 1968 mit Standorten in Ottobrunn bei München, Augsburg, Manching, Donauwörth und anderen bayerischen Orten, zeigte die Industrialisierung Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg neue Entwicklungen auf.<sup>36</sup> Die Industrialisierung, die bis dahin weitgehend auf die großen Städte und Agglomerationsräume beschränkt war, setzte nun in kleineren Städten in Mittelfranken, Oberfranken, Schwaben sowie punktuell in Unterfranken (Schweinfurt, Aschaffenburg), in der Oberpfalz, in München und dessen Peripherie ein. Es entstanden zusätzlich industrielle Kerne in Niederbayern und der Oberpfalz neben der dortigen Montanindustrie. Die Bayerische Staatsregierung förderte die Industrieansiedlung durch einen forcierten Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung und durch Investitionen im Bildungswesen. Die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen wie der Fraunhofer-Institute und das sogenannte "Atomei" in Garching bei München bereiteten den Boden für Bayern als Standort für Forschung und Entwicklung von High-Tech-Industrien. Dieser Weg wurde in der Ära Goppel und Strauß in den

---

<sup>33</sup>) Erker, Wachstum, S. 158.

<sup>34</sup>) Lanzinner, Sternbanner, S. 272

<sup>35</sup>) Prinz, Bayern, S. 430.

<sup>36</sup>) Vgl. zum Folgenden auch Braun, Industrialisierung.

1970er und 1980er Jahren und insbesondere während der Amtszeit Ministerpräsident Stoibers weiter ausgebaut.

Zwischen 1950 und 1980 erlebte Bayern somit „eine bis dahin nicht dagewesene Verdreizehnfachung des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts“<sup>37</sup> und von Anfang der 1960er Jahre bis 1988 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um real 53 % über den vergleichbaren Wert des Bundes. Mitte der 1980er Jahre hatte Bayern die bis dahin stärkeren Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen überholt. Innerhalb weniger Jahrzehnte vom Ende der 1950er bis in die 1990er Jahre verlief ein kräftiger Aufholprozess und das Land wandelte sich „zu einer führenden Industrie- und Dienstleistungsregion“. Gleichzeitig aber setzte der Übergang von der Industrialisierung zur Deindustrialisierung ein und die Tertiarisierung begann. Dieser Aufhol- und Überholprozess war von einem erheblichen Strukturwandel in der Erwerbstätigkeit flankiert.

Zu Beginn der 1970er Jahre hatte Bayern seinen Rückstand im Industrialisierungsprozess „voll aufgeholt“<sup>38</sup>. Von 1958 bis 1978 wies es gemessen an den Beschäftigtenzahlen „das stärkste Industriewachstum unter allen Bundesländern auf“, allerdings war dieses sehr unterschiedlich nach Regionen und Branchen verteilt. Die Folgen der zweiten, weltweit wirkenden Ölkrise trafen auch Bayern. Der in den 1970er Jahren einsetzende Wandel ließ viele arbeitsintensive Arbeitsplätze in der Industrie in den Branchen Porzellan-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie zum Teil in der Unterhaltungselektronik oder in der Schwerindustrie (Maxhütte) verschwinden.

Andererseits behaupteten sich zahlreiche, eher mittelständisch geprägte Unternehmen im Maschinenbau, bei den Automobilzulieferern, in der Informations- und Kommunikationstechnologie, Chemie oder Umwelttechnik. Bereits seit Mitte der 1960er Jahre gelang in der Automobilproduktion (Audi und BMW) der Aufstieg als führende Hersteller mit neuen Werken in Ingolstadt, Dingolfing, Landshut und Regensburg. Positiv wirkte sich die staatlich unterstützte wissenschaftliche Forschung an Hochschulen aus. Der anhaltende Trend zur Dienstleistungsgesellschaft in den 1980er Jahren war in Bayern nicht zu übersehen und 1990 arbeitete jeder zweite Beschäftigte bereits in Handel, Verkehr, Banken, Versicherung oder im sozialen Bereich.

Bevor im nächsten Abschnitt die einzelnen Etappen der Geschichte der Sozialdemokratie in Bayern skizziert werden, wollen wir ausgehend von der geschilderten spezifischen Charakteristik der Industrialisierung

---

<sup>37</sup>) Grüner, „Wirtschaftswunder“, S. 4 und ebenda, S. 5 (das folgenden Zitat).

<sup>38</sup>) Zorn, Geschichte, S. 70; ebenda (das folgende Zitat).

Bayerns die Ausgangssituation der politischen Arbeiterbewegung samt ihrer Merkmale rekapitulieren. Damit wird eine wesentliche Fragestellung der vorliegenden Arbeit aufgeworfen: Wann und warum konnte bzw. kann die bayerische Sozialdemokratie in der breiten Arbeiterschaft bzw. Arbeitnehmerschaft nur eingeschränkt politisch Fuß zu fassen?

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des bis in das 20. Jahrhundert agrarisch dominierten Bayern mit seinem ausgeprägten Katholizismus müssen grundsätzlich die insgesamt wenig günstigen Ausgangsbedingungen für die Entstehung einer breiten Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert hervorgehoben werden.<sup>39</sup> Die geringere Zahl der in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr Beschäftigten im Vergleich zum Reichsdurchschnitt engte die Basis für eine proletarische Arbeiterbewegung ein. Aber dieser Befund bedeutete nicht, so Hartmut Mehringer, „dass für die sozialdemokratische Bewegung in Bayern überhaupt kein Resonanzboden bestand“. Auch in Bayern beförderten das Bevölkerungswachstum und die Urbanisierung<sup>40</sup> die sozialdemokratische Bewegung. Allerdings herrschte im Königreich zumeist ein weniger ausgeprägter Gegensatz zwischen Stadt und Land vor, vielmehr bestanden intensive Beziehungen zwischen diesen. Konfrontativere Verhältnisse fanden sich hingegen in kleineren Orten mit einer punktuellen, monokulturellen Industrialisierung wie in Penzberg, Kolbermoor oder Selb.

Die verspätete, punktuelle Industrialisierung hat letztendlich Bayern begünstigt.<sup>41</sup> Die positive Kehrseite der Rückständigkeit lag in einer eher milden Betroffenheit von Wirtschafts- und Währungskrisen wie z.B. der schweren Krise Anfang der 1930er Jahre. Da die sozialen Kosten dieser krisenhaften Begleiterscheinungen gedämpfter abliefen, sei der Begriff „Rückständigkeit“ eher vorsichtig zu handhaben. Der Prozess der Klassenbildung habe sich bis weit in das 20. Jahrhundert auf die wenigen Zentren und punktuellen Industriegemeinden beschränkt. Tiefgreifende soziale Gegensätze mit gesellschaftlichen Spaltungen blieben begrenzt. Als sich nach 1945 die Industrialisierung auf das ganze Land ausbreitete, waren die Dienstleistungsgesellschaft auf dem Vormarsch und der Sozialstaat mit seinen die Existenz sichernden Einrichtungen weitgehend ausgebaut.

Mit Klaus Tenfelde fragen wir nun, „ob und inwiefern die Spezifität der bayerischen Industrialisierung einerseits die Ausbreitung der Sozialdemokratie schlechthin, mithin auch die Geschwindigkeit dieser Ausbrei-

---

<sup>39</sup>) Vgl. zum Folgenden grundlegend Mehringer, Sozialdemokratie, S 290f. (dort Zahlenmaterial zur industriell-gewerblichen Lage); ebenda, S. 291 (das folgende Zitat).

<sup>40</sup>) Vgl. dazu Beckstein, Interessenpolitik, S. 44ff.; Krapf, Entwicklung, S. 33ff.

<sup>41</sup>) Vgl. Tenfelde, Wirtschaft, S. 14f.

tung und deren Hemmnisse, andererseits gewisse Besonderheiten in der Entwicklung der bayerischen Sozialdemokratie und den Akzenten ihrer Politik erklärt“<sup>42</sup>. Blickt man auf den Typ der bayerischen Arbeiterbewegung, so kam das protestantisch geprägte Nürnberg mit seiner industriellen, aber zugleich diversifizierten Branchenstruktur den für Deutschland günstigen Bedingungen für die Genese einer Arbeiterbewegung nahe. Nürnberg wurde zumindest bis zur Jahrhundertwende „das Zentrum der bayerischen Arbeiterbewegung“ bzw. avancierte zur „bedeutendsten Arbeiterstadt Bayerns“<sup>43</sup>. Hingegen bildete sich im von einer patriarchalischen Textilindustrie geprägten Augsburg nach einer kurzen Phase eines radikalen Lassalleanismus erst durch den aufkommenden Maschinenbau eine stärkere politische Arbeiterbewegung. Zusätzlich wurde die dortige Arbeiterbewegung mit starken wirtschaftsfreundlichen Gegenkräften konfrontiert.

In München, dessen Industrie in der Prinzregentenzeit erheblich zunahm, stieg die Arbeiterbewegung seit den 1890er Jahren zu einem Machtfaktor auf. In ganz Bayern hingegen war die Arbeiterbewegung vor 1914 eher unterdurchschnittlich stark, in den Landstädten war sie wohl nur in fränkischen, protestantischen Regionen präsent. Erst um die Jahrhundertwende entstand in den kleineren, monoindustriellen Gemeinden eine echte Arbeiterbewegung. Die übergroße Mehrheit der bäuerlichen Landbevölkerung sowie das katholische Handwerk bzw. Kleinbürgertum behielt seine Eigenständigkeit. In katholischen Regionen war das Zentrum die dominierende politische Kraft.

Die Politik der Arbeiterbewegung war durch den Typ der bayerischen Industrialisierung geprägt. Es bestand eine relativ hohe Reformbereitschaft zu Kompromissen und Mitgestaltung, weshalb die Frage nach dem Wahlrecht auf den verschiedenen politischen Ebenen so bedeutsam war. Zum Teil wurde auf der Ebene der Gemeinden manches erreicht, aber dies ließ sich nach Klaus Tenfelde kaum mehr unter dem Begriff eines Sozialismus subsumieren. Inwieweit dieser ausgeprägte Pragmatismus letztendlich einen Verlust an politischer Identität der SPD in Bayern zur Folge hat, sei schwer zu beantworten, „denn es erscheint durchaus fraglich, ob die bayerische Sozialdemokratie je eine andere politische Identität besessen oder angestrebt hat“<sup>44</sup>.

Paul Erker zufolge sei bei der Arbeiterbewegung in Bayern nicht an einen „klassenbewussten, schwerindustriell geprägten Industriearbeiter“<sup>45</sup> zu denken, denn die bayerische Industrialisierung verlief weniger

---

<sup>42</sup>) Tenfelde, Industrialisierung, S. 13.

<sup>43</sup>) Prinz, Bayern, S. 358.

<sup>44</sup>) Tenfelde, Industrialisierung, S. 137.

<sup>45</sup>) Erker, Sehnsucht, S. 509; ebenda, S. 510 (die folgenden Zitate).

radikal mit geringer ausgeprägten, negativen sozialen Begleiterscheinungen. So habe der Industrialisierungsschub nach 1945 in einer anhaltenden Boomphase stattgefunden, die konfliktmildernde Verteilungsspielräume schuf und zum anderen standen sozialpolitisch flankierende Maßnahmen bereit. Deshalb sei der Wechsel aus der Handwerkerexistenz und der agrarischen Erwerbstätigkeit, ähnlich wie in Württemberg, viel später und gemäßiger als in den schwerindustriellen Regionen Deutschlands erfolgt. In beiden Industrialisierungsschüben, also in den 1920er und in den 1950er Jahren, machte sich zugleich eine mittelständische Angestellten- oder Beamtenexistenz bemerkbar, die „eine Verfestigung von Klassenstrukturen verhinderte“.

Somit ist als wichtiges Fazit festzuhalten: Zwischen 1925 und 1970 entstand eine „sehr heterogen zusammengesetzte bayerische Industriearbeiterschaft“, die nach 1945 durch Fremdarbeiter, Flüchtlinge, vormalige Bauern oder Gastarbeiter immer wieder umgeschichtet wurde. Die Arbeiterschicht war fraktioniert, die Herstellung gewerkschaftlicher Solidarität erschwert. Für die Genese der sozialdemokratischen Bewegung in Bayern gilt, dass sich die städtische Arbeiterschaft nicht nur aus den agrarischen Unterschichten zusammensetzte, sondern – zumindest bis 1933 – Handwerker und Kleinmeister eine führende Rolle in der politischen Arbeiterbewegung spielten.

Ähnlich argumentiert Tenfelde<sup>46</sup>, demzufolge die These nicht haltbar sei, dass es für die Entstehung einer Arbeiterbewegung einer Industriearbeiterschicht bedurfte. Dies traf auch nicht für das Ruhrgebiet zu, wo ungeachtet einer rasch sich ausbreitenden Industriearbeiterschaft die politische Organisation später folgte. In Bayern gab es eine frühe Arbeiterbewegung, in der Handwerker eine führende Rolle einnahmen. Darüber hinaus fand sich in Bayern noch eine spezifische südwestdeutsche Liberalität, die die Arbeiter in liberalen Vereinen zu integrieren suchte.

Tenfelde leitet aus den spezifischen Konstellationen der bayerischen Industrialisierung unterschiedliche Typen von Arbeitern ab, nämlich zum einen die urbanen, überwiegend protestantischen Arbeiter in mittleren und größeren Unternehmen in Augsburg und Nürnberg und zum anderen organisationsfähige Handwerker und gelernte Gesellenarbeiter (Facharbeiter). In Nürnberg hätten sich der Fabrikarbeiter- und der Gesellentypus vermischt, die Stadt „gehörte zu den wirklichen Hochburgen der Gewerkschafts- und der Parteigeschichte der Sozialdemokratie“. Bis in den 1890er Jahren war in Nürnberg mit seiner großen Industrie „die kleinbetrieblich-handwerkliche Prägung der SPD-Mitgliedschaft noch recht stark“<sup>47</sup>. Einen dritten Typus identifiziert Tenfelde in der vielfälti-

---

<sup>46</sup>) Vgl. Tenfelde, *Wirtschaft*, S. 15f.; ders., *Arbeiter*, S. 19ff., ebenda, S. 20f. (das folgende Zitat).

<sup>47</sup>) Mehlinger, *Sozialdemokratie*, S. 299.



gen Arbeiterschaft der kleinstädtischen, punktuellen Industrialisierung, wo im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende nach den Gewerkschaftsgründungen die Parteibildungen erfolgten.

Die Vielfalt der Arbeiterschaft im Prozess der Industrialisierung in Bayern lässt sich am Beispiel der Oberpfalz zeigen, das die daraus resultierenden Hemmfaktoren der Sozialdemokratie verdeutlicht. Folgende Merkmale des Arbeitertyps zumindest bis 1914 werden hervorgehoben: Eine noch stark dörfliche Prägung, eine Dominanz klein- und mittelbäuerlicher Landwirtschaft, eine verzögerte, eher kleinbetriebliche Industrialisierung sowie ein sehr dominanter, lebensweltlich umfassender und antisozialdemokratischer Katholizismus.<sup>48</sup> Bis nach 1900 dominierte demzufolge „in der Oberpfalz also eindeutig der agrarisch geprägte Arbeitertypus: enge Bindung an Kirche und Heimatdorf mit meist im Nebenerwerb noch betriebener kleiner Landwirtschaft, geringe Bereitschaft zum Protest“. Dass diese Strukturmerkmale die Konstituierung der Sozialdemokratie vor nahezu unüberwindbaren Hindernissen bis weit in das 20. Jahrhundert stellte, liegt auf der Hand.

Bis zum Ersten Weltkrieg kann man nun zusammenfassend festhalten: Vor 1914 erstreckte sich die soziale Basis der bayerischen Sozialdemokratie über ein bloßes Industrieproletariat hinaus. Sie erfasste soziale Gruppen jenseits der Fabrikarbeit, ihr „volksparteiliche“ Charakter „spiegelte sich auch in ihrer reformorientierten politischen Praxis wider“<sup>49</sup>, wie im nächsten Abschnitt näher ausgeführt wird. Am Beispiel München betont Karl Heinrich Pohl den politischen Aspekt, denn der gewerblich-industriell „wenig spektakuläre Umstrukturierungsprozeß“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs habe „einen erheblich Einfluß auf die gesellschaftliche und soziale Bewältigung des Problems der Industrialisierung gehabt und die ‚gemäßigte‘ Position von Arbeiterorganisationen und Unternehmern deutlich beeinflusst“<sup>50</sup>.

Für die Zeit nach 1945 beschreiben zwei neuere Studien die aufgrund der spezifischen Industrialisierung Bayerns entstandene Arbeiterschaft und ihre politischen Implikationen, die bis in unsere unmittelbare Gegenwart ihre Wirkung beibehalten. Eine Untersuchung<sup>51</sup> beschäftigt sich mit der bayerischen bzw. oberpfälzischen Montanindustrie als Beispiel für die punktuelle Industrialisierung in einem agrarisch dominierten Umland: Die beiden großen montanindustriellen Großbetriebe in der mittleren Oberpfalz, die Bayerische Braunkohlen-Industrie-AG in Wackersdorf und die Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte in Sulzbach-

---

<sup>48</sup>) Vgl. Müller, Oberpfalz, S. 100; ebenda, S. 96 (das folgende Zitat).

<sup>49</sup>) Schönhoven, Gelegenheiten, S. 115.

<sup>50</sup>) Pohl, Arbeiterbewegung, S. 42

<sup>51</sup>) Vgl. Süß, Kumpel.



Rosenberg und in Maxhütte-Haidhof. Im Zusammenhang mit der Einführung der Montanmitbestimmung Anfang der 1950er Jahre in der Maxhütte konnte man den „geringen Politisierungsgrad der oberpfälzischen Arbeiter“<sup>52</sup> und deren mangelndes Interesse an der neuen Mitbestimmung erkennen.

Vielfach handelte es sich um Arbeiter, die im Nebenerwerb noch kleine Höfe betrieben. Diese waren zwar gegebenenfalls gewerkschaftlich aktivierbar, aber für eine weitergehende Mobilisierung für die Sache der Arbeitervertretung, hier der IG Metall, fehlte Ihnen „ein gewerkschaftliches Bewußtsein, eine Verwurzelung in der Tradition der Arbeiterbewegung“. Jedoch gaben nach 1960 infolge der erheblichen Lohn- und Gehaltszuwächse viele Arbeiter ihren landwirtschaftlichen Nebenerwerb auf, so dass um 1970 wahrscheinlich nur noch rund zehn Prozent der Beschäftigten als sog. Arbeiterbauern in der oberpfälzischen Montanindustrie beschäftigt waren. Zwar war die SPD in dem „traditionell agrarisch geprägtem, katholisch-konservativen Regierungsbezirk“ Oberpfalz politisch schwach, aber in den insularen Industrieorten gelangte sie in eine wesentlich stärkere Position.

Die agrarische Herkunft vieler Arbeiter prägte die bayerische Arbeiterbewegung auch für den Zeitraum nach 1945, wie eine weitere, neuere Studie zu Arbeiterbauern hervorhebt: „Die agrarische Herkunft eines großen Teils der bayerischen Arbeiterschaft – es wären in diesem Zusammenhang auch die häufig aus eher ländlichen Gebieten stammenden sudetendeutschen Heimatvertriebenen anzuführen – gilt ebenso als eine Ursache für die Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung und der bayerischen Sozialdemokratie wie – vice versa – als Ursache für die Hegemonie der CSU.“<sup>53</sup>

Die Arbeiterschaft war somit stark fragmentiert und nachhaltig agrarisch verwurzelt, was am deutlichsten bei den Arbeiterbauern hervortrat. Für das Jahr 1949 schätzte man die Zahl der Arbeiterbauern, die neben einer hauptberuflichen Tätigkeit noch einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb bewirtschafteten, in Bayern auf rund 34 000. Geographische Schwerpunkte befanden sich zunächst in Unterfranken, im Norden Oberfrankens und im Bayerischen sowie im Oberpfälzer Wald. In den 1950er Jahren verzeichnete diese Gruppe eine starke Zunahme, hingegen war ihre Zahl von 1949 bis 1960 in den industriellen Ballungszentren um München, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg, Würzburg und Schweinfurt

---

<sup>52</sup>) Süß, Kumpel, S. 110; ebenda (das folgende Zitat); zum Folgenden ebenda, S. 322. Der Autor hebt die nach 1945 in der Oberpfalz angesiedelten Vertriebenen und Flüchtlinge für den Aufbau der Arbeiterbewegung hervor (ebenda, S. 7); vgl. zur Braunkohleindustrie in der Oberpfalz ders., Grabgesänge, S. 240ff.

<sup>53</sup>) Eichmüller, Arbeiterbauern, S. 181; ebenda, S. 185ff. (zum Folgenden mit den verschiedenen statistischen Befunden).